

Studiengebühren schrecken ab

Die Nachteile des Bezahlstudiums werden durch eine wissenschaftliche Studie bestätigt. DGB-Jugend: Gebührenfreiheit ist eine Notwendigkeit.

Vor allem Frauen und junge Menschen aus bildungsfernen Familien machen wegen der Studiengebühren einen Bogen um die Universitäten. Zu diesem Ergebnis kommt die repräsentative Studie des Hochschul-Information-Systems (HIS) »Studiengebühren aus der Sicht der Studienberechtigten«, für die 5.420 Studienberechtigte befragt wurden. Bis zu 18.000 AbsolventInnen allein des Abiturjahrgangs 2006 haben demnach wegen der neuen Gebühren kein Studium aufgenommen.

»Frauen und Studienberechtigte aus den ostdeutschen Ländern reagieren hinsichtlich der Realisierung ihrer ursprünglichen Studienpläne sensibler auf die Einführung allgemeiner Studiengebühren«, heißt es in der Zusammenfassung der Studie. Finanzielle Mehrbelastungen werden am häufigsten durch die Eltern getragen.

DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Die Studie zeigt, dass die Gebührendebatte unter jungen Menschen zu erheblicher Verunsicherung führt – selbst in Bundesländern, die noch keine Gebühren verlangen. Und sie zeigt deutlich, dass Studienge-

GUTE INTERNETSEITE

Rund-um-Paket

Das Internetportal »Gute Arbeit weltweit« des DGB-Bildungswerkes geht alle an, die sich für Gute Arbeit engagieren und interessieren. Mit grundlegenden Informationen, Praxisbeispielen und Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden. [\[5\]](#)

gute-arbeit-weltweit.de

DGB-JUGEND: INFORMATION



Studienfinanzierung – ganz heißes Thema. Tipps gibt die neu aufgelegte DGB-Jugend-Broschüre »Studium. BAföG. Job«. Siehe www.dgb-jugend/broschueren

bühren die soziale Selektion im Bildungssystem verschärfen.«

Die DGB-Jugend fordert, die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums durch einen bundesweiten gesetzlichen Ausschluss von Studiengebühren durchzusetzen.

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht 2005 dem Bund die Zuständigkeit für ein gesetzliches Gebührenverbot abgesprochen. In Folge der Föderalismusreform von 2006 hat sich die Verfassungsrechtslage aber inzwischen geändert – nach Auffassung der Bildungsgewerkschaft GEW zu Gunsten einer Bundeskompetenz in Sachen Studiengebühren.

Das für Hochschulen zuständige Vorstandsmitglied der GEW, Andreas Keller, legte bereits im November 2007 in seiner Stellungnahme an den Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technik-

INHALT

3 *thema*

Lernen ist Menschenrecht: DGB-Jugend beim Bildungsgipfel

4 *ausbildung + beruf*

Flur-Bereinigung: Junge Arbeitslose verschwinden in der Statistik

5 *projekte*

DBJR-Treffen: DGB-Jugend gegen Rechts

Politik und Zielgruppe: Das neue Bildungsprogramm der DGB-Jugend

6 *azubi-ratgeber*

Durchgefallen! Jetzt bloß nicht verzweifeln

7 *bezirke + gewerkschaften*

DGB-Jugend Bayern: Mindestlohn hat Verfassungsrang

Transnet-Jugend: Großer Erfolg bei den JAV-Wahlen

folgenabschätzung dar, dass der Bund nach der Föderalismusreform eine Gesetzgebungskompetenz für die Hochschulzulassung besitzt, die den Hochschulzugang einschließt. Keller: »Aus dieser neuen Verfassungsrechtslage ergibt sich, dass der Bund die Kompetenz für ein bundesweites gesetzliches Gebührenverbot hat.«

Der DGB nimmt mit seinem Beschluss zum Bildungsgipfel explizit Bezug auf den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt der Vereinten Nationen, UN), den die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert hat. Im UN-Sozialpakt hat sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet, den »Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann gleichermaßen entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich« zu machen (Artikel 13, UN-Sozialpakt).

Beim für die Überwachung des UN-Sozialpakts zuständigen UN-Ausschuss in Genf ist seit 2007 eine gemeinsame Stellungnahme der Bildungsgewerkschaft GEW und des Dachverbands der Studierendenvertretungen fzs anhängig, die auf eine Rüge der Bundesrepublik durch die UN abzielt. [\[5\]](#)

Infos: www.his.de/pdf/pub_fh/fh-200815.pdf

Brain Drain

EU-Abwerbung ■ Die EU öffnet sich stärker für hochqualifizierte EinwanderInnen. Die ständigen EU-Botschafter der Mitgliedstaaten einigten sich im Oktober 2008 in Brüssel auf die sogenannte Blue Card. Die Einigung muss noch vom EU-Ministerrat offiziell besiegelt werden. Die Blue Card soll Menschen mit guter Ausbildung und besonderen Qualifikationen aus Nicht-EU-Staaten nach Europa locken. Voraussetzung für die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung soll eine bestimmte Einkommenshöhe sein, die dem Bewerber von seinem künftigen Arbeitgeber in der EU garantiert wird: anderthalb Mal so viel wie das Brutto-Durchschnittsgehalt des entsprechenden EU-Staates.

Blue-Card-Stellungnahme des DGB: www.migration-online.de/data/042008bluecardbvbeschluss.pdf

Mord und Totschlag

Nazi-Zahlen ■ Sowohl organisierte Neonazis als auch gewaltbereite Skinheads treten immer offensiver auf. Im ersten Halbjahr 2008 registrierten die Behörden 10.655 Straftaten mit rechtsextremistischen Hintergrund. Darunter allein 612 Gewaltdelikte. Im August 2008 wurden zwei junge Menschen ermordet – die Polizei geht auch hier von rechtsextremen Hintergründen aus.

Die ver.di Jugend erklärt dazu: »Als Gewerkschaftsjugend sehen wir uns in einer klar antifaschistischen Tradition. Sich gegen rechtsextreme Vorurteile zur Wehr zu setzen, gehört zu unserem Selbstverständnis.«

https://jugend.verdi.de/news/gewalt_von_rechts_nimmt_zu

Zu schnell

BaWü: Jugendarbeitsschutzgesetz ■ Nach Informationen der DGB-Jugend plant die schwarz-gelbe Regierung in Baden-Württemberg die Verabschiedung eines Gesetzgebungsverfahrens zur Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes – und das, obwohl das Bundesarbeitsministerium bereits auf Bundesebene tätig geworden ist und eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit der Aufgabe betraut hat, über Sinn oder Unsinn einer Gesetzesänderung zu beraten. Dazu wurden auch zwei Studien in Auftrag gegeben – mit den Ergebnissen ist aber nicht vor Beginn der neuen Legislaturperiode im Bundestag zu rechnen.

DGB-Jugend-Referent **Marco Frank**: »Wir wenden uns gegen die Pläne in Baden-Württemberg und fordern eine Aussetzung aller politischen Entscheidungen, bis die notwendigen Sachverhalte als Entscheidungsgrundlage vorliegen.«

Himmel sei Dank

Weihnachtsgeld ■ Das tarifliche Weihnachtsgeld ist 2008 in vielen Branchen höher als im vergangenen Jahr. Das Plus beträgt je nach Tarifbereich zwischen 1,6 und 11,1%. Mit diesem Ergebnis hat das WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung Tarifverträge aus 23 Branchen ausgewertet. »Die Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben profitieren von den besseren Tarifabschlüssen in dieser Tarifrunde«, so **Reinhard Bispinck**, der Leiter des WSI-Tarifarchivs.

www.boeckler.de/320_93316.html

Forscherjugend

Wettbewerb geht los ■ Wer 2009 bei »Jugend forscht« dabei sein will, sollte sich beeilen. Nur noch bis zum 30. November 2008 können sich JungforscherInnen für die Teilnahme anmelden. Die 44. Runde von Deutschlands bekanntestem Nachwuchswettbewerb, der auch von der DGB-Jugend unterstützt wird, steht unter dem Motto »Du willst es wissen«.

www.jugend-forscht.de

Katholische Umlage

BDKJ zur Ausbildung ■ Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) hat der Bundesregierung im Oktober 2008 vorgeworfen, die Ausbildungssituation schönzureden. »Trotz der erfreulichen Entspannung am Ausbildungsmarkt hat sich die Situation für benachteiligte junge Menschen nicht entscheidend verbessert«, so die BDKJ-Bundesvorsitzende **Andrea Hoffmeier**.

Instrumente, um die Betriebe hierbei zu unterstützen, müssten ausgeschöpft und ausgebaut werden. Zur Absicherung fordert der BDKJ einen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben. Der BDKJ ist Dachverband von 15 katholischen Kinder- und Jugendverbänden mit rund 650.000 Mitgliedern.

www.afa-bdkj.de

Ohne Abschluss

BIBB-Studie ■ Eine neue Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) liefert Erkenntnisse über die Hintergründe eines fehlenden Ausbildungsabschlusses: Der Anteil der Jugendlichen, der ohne Berufsausbildung bleibt, stagniert nach Auswertungen des Mikrozensus bereits seit etwa zehn Jahren bei rund 15% – und damit auf hohem Niveau. Dies sei angesichts der beträchtlichen Arbeitsmarktrisiken, die Personen mit fehlendem Berufsabschluss zu tragen haben, und angesichts des sich bereits abzeichnenden Fachkräftemangels sozial und wirtschaftlich kaum zu verantworten.

www.bibb.de

Durchsucht

HDJ-Verbot ■ Mit einer landesweiten Durchsuchungsaktion hat die Bundesregierung den Druck auf die rechtsextreme Organisation Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) erhöht. In 14 Bundesländern seien Wohnungen und Büros von rund 100 der HDJ nahestehenden Menschen durchsucht worden, teilte das Bundesinnenministerium im Oktober 2008 mit. Die dabei beschlagnahmten Computer, digitalen Speichermedien und Dokumente würden nun daraufhin geprüft, ob die Voraussetzungen für ein Verbot der Organisation vorliegen, sagte ein Ministeriumssprecher. Die HDJ war im August 2008 durch ein Zeltlager in Mecklenburg-Vorpommern in die Schlagzeilen geraten, weil dort Kindern Nazi-Gedankengut nahegebracht wurde.

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) hat sich auf seiner Vollversammlung Ende Oktober 2008 für ein Verbot ausgesprochen, ebenso wie Jugendverbände und Teile der politischen Parteien.

Kein Studi, kein Hiwi

Grundsatzurteil ■ Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, dass die Kündigung einer studentischen Hilfskraft rechtmäßig ist, wenn der Studierende keiner mehr ist, weil er exmatrikuliert wurde.

www.bundesarbeitsgericht.de/termine/septembertermine.html

Tempo drosseln

GEW zu HRK-Zahlen ■ Neue Zahlen von der Hochschulrektoren-Konferenz (HRK): Zum Wintersemester 2008/09 sind 75% aller Studiengänge an deutschen Hochschulen auf Bachelor- oder Masterabschlüsse umgestellt.

Klingt gut, ist es aber nicht. Unter anderem, weil die neuen Studiengänge zu Unselbstständigkeit führen. Das sagt zumindest **Andreas Keller** von der Bildungsgewerkschaft GEW: »Die Kolleginnen und Kollegen verklagen zu Recht eine Verschulung und Verdichtung des Studiums durch zu viele Prüfungen, Klausuren und Anwesenheitskontrollen. Auch ein Bachelor- und Masterstudium muss studierbar sein und die Freiheit des Studiums respektieren.«

Bund und Länder müssten den unnötigen Zeitdruck aus der Umstellung der Studiengänge herausnehmen – »Qualität von Studium und Lehre sowie Partizipation der Betroffenen gehen vor Tempo«, so Keller.



A. Muth

Personal

Die Kulturwissenschaftlerin **Anke Muth**, 32, ist die neue Bezirksjugendsekretärin des DGB für Hessen-Thüringen.

Bildung statt Gipfel

Bildung ist Menschenrecht: Zum Bildungsgipfel am 22. Oktober 2008 in Dresden verlieh die DGB-Jugend den »Goldenen Raffzahn 2008«.

Über ein halbes Jahr ist es her, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Studie zur Situation beim Berufseinstieg, Spezialgebiet: PraktikantInnen, vorgestellt hat. Und damit den empirischen Beleg lieferte, dass viele Praktika tatsächlich normale, aber schlecht oder gar nicht bezahlte Arbeitsplätze sind und selten zu einer anschließenden Anstellung führen.

Geändert hat sich seitdem nichts. Um zu zeigen, dass diese Situation weiter besteht, hatten der Verein zur Bekämpfung unsauberer Praktika, Fairwork, und die DGB-Jugend dazu aufgerufen, eklige Praktikumsangebote einzureichen. Aus den zahlreichen Einsendungen wurde die Firma x:hibit als das Unternehmen gecastet, das die am wenigsten fairen Bedingungen bietet. Die Hälfte aller Mitarbeiter dort sollen als Praktikanten beschäftigt worden sein.

Der »Raffzahn 2008« wurde im Rahmen des Alternativen Bildungsgipfels verliehen, der von einem Aktionsbündnis aus Studierenden, SchülerInnen, GewerkschafterInnen in Dresden organisiert wurde. Anlass: Der Bildungsgipfel der Bundesregierung und der Länder, mit dem die Weichen für eine neue nationale Bildungsstrategie be-

schlossen werden sollten. Wichtigster Punkt: Demnächst sollen zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung aufgewendet werden. Derzeit sind es sechs Prozent.

André Schnabel von der DGB-Jugend Sachsen: »Bildung muss in Zukunft als Menschenrecht begriffen werden, und gute Bildung muss für jeden zugänglich sein.« Um dieses Ziel zu erreichen, müssten die Investitionen in Bildung deutlich erhöht werden: »Um auf den Durchschnitt der OECD-Länder zu kommen, müssten jährlich rund 30 Milliarden Euro mehr ausgegeben werden.« Das Rettungspaket für die Banken von 500 Milliarden Euro zeige dabei »ganz deutlich, dass es auch einen Weg gibt, wenn man es nur will«.

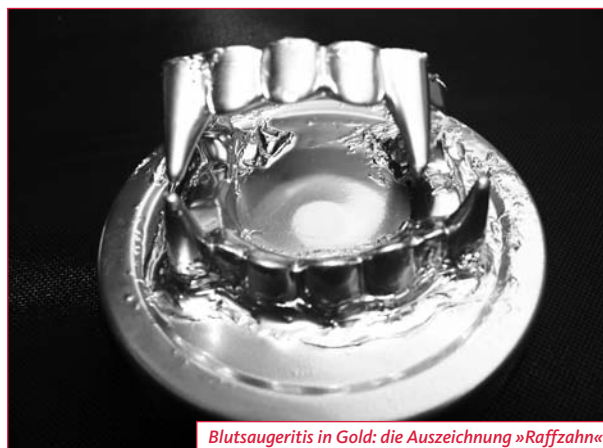
Allgemein reagierten die Gewerkschaften zurückhaltend auf das Regierungsgipfeltreffen. Kritiker wie der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne bemängelten vor allem die antisoziale Ausrichtung des deutschen Bildungssystems mit dreigliedriger Schule und Stu-

diengebühren. Hier seien keine Verbesserungen geplant. Auch seien die Bedingungen der Finanzierung völlig unklar. [S](#)

Bildung und Gewerkschaften im Internet:
www.dgb.de/bildungsgipfel/



DGB-Jugend beim Alternativen Bildungsgipfel in Dresden am 22. Oktober 2008



Blutsaugeritis in Gold: die Auszeichnung »Raffzahn«

GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNGSPOLITIK

Für Chancengleichheit

Die DGB-Jugend organisierte in Dresden einen alternativen Bildungsgipfel.

Die DGB-Jugend hatte gemeinsam mit anderen Jugendverbänden zu einem alternativen Gipfel für öffentliche und kostenfreie Bildung aufgerufen. Hier kamen die Probleme im Bildungssystem zur Sprache: die Diskriminierung, die sich darin zeigt, dass Bildungschancen hierzulande vor allem eine Frage der sozialen Herkunft sind.

Bot denn der Bildungsgipfel überhaupt keine positiven Ansätze? Jein. Sollten die Bildungsausgaben tatsächlich erhöht werden, dann wäre das aus Gewerkschaftssicht natürlich zu begrüßen. Nur: So wie es aussieht, sollen die Gelder auf Dauer und in der Fläche nicht absolut erhöht, sondern bestenfalls die durch geringere Kinder- und Schülerzahlen freiwerdenden Mittel im System belassen werden. Der Verzicht

auf Kürzungen soll jedoch als Investition verkauft werden. Aber auch da haben die Ländervertreter Einspruch erhoben. »Die DGB-Gewerkschaften fordern von Bund und Ländern ein abgestimmtes Agieren in der Bildungspolitik«, sagt Sachsens DGB-Bezirksjugendsekretär André Schnabel: »Bisher hat sich das deutsche Bildungssystem, das von der Kleinstaaterei geprägt ist, als unterfinanziert, in Teilen nicht leistungsfähig und zutiefst unsozial erwiesen.«

Zusätzliches Geld – die Rede ist von 25 Milliarden Euro bis 2015 – dürfte vor allem in eine zweite Exzellenzinitiative fließen, also die Neuaufgabe eines elitären Forschungsförderungsprogramms für Spitzenuniversitäten. Das Hauptproblem besteht aber darin, dass in Deutschland viel zu wenige Menschen studieren und ihren Abschluss machen. Kein Wunder – wenn vielerorts Studiengebühren fällig werden, immer mehr Akademiker arbeitslos und die Lehr- und Lernbedingungen so schlecht sind, die

Umstellung auf Bachelor und Master nicht funktioniert und sich jetzt auch noch die Studienkredite infolge der Finanzkrise verteuern.

Die DGB-Jugend will aber ein Bildungssystem für die ganze Gesellschaft. Fast jeder zehnte Jugendliche verlässt die Schule ohne einen Abschluss. Jeder dritte Jugendliche mit Migrationshintergrund bekommt keinen Ausbildungsplatz. Kinder von Arbeitern sind an den Hochschulen deutlich unterrepräsentiert – und fast 400.000 Jugendliche »verschwinden« im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf. Die meisten von ihnen bleiben ohne Chance auf eine qualifizierende Ausbildung. Schnabel: »Bildung ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.«

Und dazu gehören Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, BAföG für alle, offene Hochschulen, Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl und bester Qualität sowie eine gezielte Förderung sozial schlechter gestellter Kinder. [S](#)

www.dgb-jugend-sachsen.de

Flur-Bereinigung

Eine neue DGB-Studie belegt: Es wird ausgekehrt. Arbeitslose Jugendliche verschwinden von Geisterhand – in der Statistik. BA hält dagegen.

Wer einen Ausbildungsplatz sucht und arbeitslos ist, ist gar nicht arbeitslos. Zumindest statistisch gesehen. Denn bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden Jugendliche, die auf Ausbildungsplatzsuche sind, nicht als Arbeitslose geführt – sofern sie nicht zeitgleich auch noch eine Arbeitsstelle suchen.

Die BA-Statistik erfasst die Probleme von Jugendlichen beim...

Kein Wunder, dass eine aktuelle DGB-Studie zu dem Ergebnis kommt: Die tatsächliche Arbeitslosenquote bei den unter 25-Jährigen ist höher als von der BA offiziell angegeben.

»Die BA-Statistik erfasst nicht in vollem Umfang die Probleme von Jugendlichen beim Übergang in den Arbeitsmarkt«, sagt Silvia Helbig von der DGB-Abteilung Arbeitsmarktpolitik, die für die Studie verantwortlich ist. So erscheine die Arbeitslosenquote von Jugendlichen geringer als die der gesamten Bevölkerung – im Jahr 2007 wären dies nach BA-Kriterien 8,9 Prozent gewesen.

International vergleichbare Statistiken weisen jedoch etwas anderes aus. So gibt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) für die 15- bis 24-Jährigen eine Quote von 11,7 Prozent im Jahr 2007 an.

Die Abweichungen erklärt Helbig mit unterschiedlichen Erfassungsmethoden. Die international angewandten Zahlen basierten auf Befragungen, bei denen auch BewerberInnen für eine Ausbildungsstelle in der Regel als arbeitslos eingestuft wür-

den. Die BA berücksichtige diese Gruppe dagegen nicht, es sei denn, die Betroffenen suchten neben einer Lehrstelle auch noch aktiv einen Arbeitsplatz. Helbig: »Rechnet man die Zahlen der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen und der unversorgten Bewerber zusammen, nähern sich nationale und internationale Statistiken einander an.«

Das geht aber nicht, sagt man bei der BA. In einer Stellungnahme, die Soli aktuell vorliegt, lässt die Behörde mitteilen: »Für die BA-Arbeitsmarktstatistik ist nur der arbeitslos, der nach einer versicherungs-

pflichtigen Beschäftigung sucht. Entsprechend wird Arbeitslosigkeit nur beendet, wenn eine Beschäftigung von mehr als 15

Wochenstunden aufgenommen wird. Außerdem werden in der Befragung auch die Schüler und Studenten erfasst, die ein versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis suchen, sich aber nicht bei einer Arbeitsagentur melden.«

Die BA-Rechenweise kennt aber auch die DGB-Jugend. Dieser offiziellen Statistik nach sind im Oktober 2008 14.500 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. »Ein positives Zeichen, aber beileibe kein Lichtblick«, wie Marko Frank, bei der DGB-Jugend für Ausbildungsfragen zuständig, sagt.

Die DGB-Jugend hat nachgerechnet: Von insgesamt 620.200 gemeldeten BewerberInnen fanden nur 282.130 direkt einen Ausbildungsplatz. 241.750 suchten sich eine andere Alternative (z.B. Jobben, Grundwehrdienst oder Zivildienst ableisten, Praktika etc.), 81.850 wurden in so genannte ausbildungsvorbereitende Maßnahmen vermittelt. Bei einer Gesamtzahl

von 432.690 betrieblichen Ausbildungsplätzen kommt die DGB-Jugend so auf eine betriebliche Ausbildungsplatzlücke von 187.520 Plätzen.

Ein anderes Schwerpunktthema der DGB-Studie – das Risiko, arbeitslos zu werden – ist für junge Leute doppelt so hoch wie für die Allgemeinheit. »Zwar ist umgekehrt die Dauer der Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen geringer als im Durchschnitt, weil der Arbeitsmarkt hier stark in Bewegung ist«, sagt Silvia Helbig. Doch damit sei auch klar, dass »junge Menschen sehr schnell Opfer einer schlechten Konjunktorentwicklung werden.«

Auch hier sagt die BA: »Nur wer auf Ausbildungssuche ist und bis zum Ausbildungsbeginn versicherungspflichtig arbeiten möchte, kann sich zusätzlich arbeitslos registrieren lassen, denn dann sind die Kriterien für Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch III erfüllt.«

Dann wäre eigentlich alles gut, oder? »Sogar die Bundesregierung«, sagt Helbig, »weist in ihrem ›Bildungsbericht 2008‹ auf dieses Problem hin« – nämlich dass die BA einfach anders zählt. So können offiziell fast alle Ausbildungssuchenden als versorgt gelten. Frank sagt: »Zum Ende des Ausbildungsjahres 2007/08 wurden ca. 10.400 betriebliche Ausbildungsplätze mehr angeboten als im Vorjahr. Doch bei einer Steigerung um ganze 2,5 Prozent von einer Trendwende zu sprechen, wäre weit übertrieben. Eine grundsätzliche – weil konjunkturunabhängige – Lösung des Problems ist weiter nicht in Sicht.« [\[5\]](#)

Die DGB-Studie im Internet: www.dgb-jugend.de/themen/meldungen/jugendarbeitslosigkeit_wird_unterschuetzt

FORDERUNGEN

Länder und Unternehmen in der Pflicht

Von **Silvia Helbig**

Um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist es notwendig, jungen Menschen eine gute Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Keine oder niedrige Bildungsabschlüsse erhöhen das Risiko von Arbeitslosigkeit.

Hier müssen die Länder ihren Bildungsauf-

trag ernstnehmen und dafür sorgen, dass die Zahl der SchulabbrecherInnen verringert und niemand durch Gebühren vom Studieren abgehalten wird. Die Länder sollten sich zu konkreten Zielen verpflichten, wie der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss reduziert und die länderspezifischen Aktivitäten einer vorbeugenden Berufsorientierung an den Schulen ausgebaut werden können.

Sie sollten sich ebenso verpflichten, Maßnahmen zum Nachholen des Hauptschulabschlusses anteilig und mittelfristig ganz zu fi-

nanzieren. Insbesondere die Defizite in der Bildungspolitik einschließlich der Kinder- und Jugendpolitik sind es, die für den Nachschub ins Hartz IV-System (mit)verantwortlich sind.

Auch die Unternehmen müssen längerfristig denken und in Ausbildung investieren. Wenn nur 24 Prozent der Unternehmen in Deutschland ausbilden, ist es janusköpfig, andererseits den Fachkräftemangel zu beklagen. [\[5\]](#)

Silvia Helbig ist Referentin für Arbeitsmarktpolitik beim DGB.



Regulierung unzureichend

Mehr Lohn statt Dividende: DBJR bezieht auf seiner Vollversammlung Position zur Finanzkrise. DGB-Jugend fordert Engagement gegen Rechts.
Von Dirk Neumann

Für die Bankenkrise können erstaunlich schnell Milliarden bereitgestellt werden, aber für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen fehlt das Geld: Auf diese Kritik konnten sich die Delegierten der im Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) zusammengeschlossenen Verbände auf der 81. DBJR-Vollversammlung Ende Oktober 2008 in Berlin einigen.

Geld fehlt, das heißt auch ganz konkret, dass immer mehr junge Menschen von prekärer Beschäftigung betroffen sind. Deshalb fordern die Jugendverbände im DBJR,



DGB-Jugend beim DBJR: Delegierter Olaf Schwede

prekäre Beschäftigung abzuschaffen und allen Menschen den Zugang zu guter und gerecht entlohnter Arbeit zu ermöglichen. Darüber hinaus muss das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« realisiert werden. Dies gilt sowohl für Frauen und Männer, als auch für Stamm- und Randbelegschaften – etwa LeiharbeiterInnen.

Über diese Beschlusslage hinaus verabschiedeten die rund 100 Delegierten, darunter eine sechsköpfige Delegation der DGB-Jugend, die Forderung nach einem Verbot der Heimattreuen Deutschen Jugend. Außerdem sollen alle Bemühungen demokratischer Gruppen, Parteien und Vereine unterstützt werden, den Rechtsextremismus aktiv zu bekämpfen und gesellschaftlich zu ächten. »Bund, Länder und Kommunen müssen alle rechtlich möglichen Maßnahmen gegen Nachwuchs- und Rekrutierungsorganisationen der rechtsextremen Szene ergreifen«, sagte der DBJR-Vorsitzende Detlef Raabe. Das schließt auch deren Veranstaltungen ein. Kinder und Jugendliche müssten vor Erziehung zur völkischen, rassistischen, nationalistischen und NS-verherrlichenden Weltanschauung geschützt werden. »Leider beobachten wir ein Wachsen der rechtsextremen und neonazistischen Szene«, erklärte Raabe. Das spiegelt sich in häufigen öffentlichen Auftritten. »Man gibt sich bürgernah – ohne es wirklich zu sein«, warnte er.

Neben dem Verbotsverfahren fordert der DBJR deswegen eine konsequente Strafverfolgung, eine genaue Überprüfung neonazistischer Organisationen sowie ein Einstellen der öffentlichen Förderung. Außerdem müssten regionale Lücken in der Kinder- und Jugendarbeit geschlossen werden, da sie ansonsten durch rechte Organisationen gezielt besetzt werden.

In einem Dringlichkeitsantrag der DGB-Jugend beschäftigte sich die Vollversammlung abschließend mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz. Die Notwendigkeit staatlicher Stützungsaktionen wurde ausdrücklich anerkannt, um die drohende Rezession und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Gleichzeitig zeige die Krise am Finanzmarkt die Folgen unzureichender Marktregulierung. Die Delegierten kritisierten in diesem Zusammenhang die weltweite Umverteilung hin zu Reichen und Superreichen.

Die aktuelle Krise, so die VertreterInnen der DBJR-Mitgliedsorganisationen, sei zudem nicht die einzige Krise in der Bundesrepublik. Nicht nur die Finanzmärkte, sondern auch zentrale gesellschaftliche Bereiche müssten gestärkt werden. Konkret gefordert: Verdopplung der Bildungsausgaben, Milliardeninvestitionen im Umweltbereich, Investitionen im Gesundheitsbereich und in der Infrastruktur. [5]

Dirk Neumann ist politischer Referent der DGB-Jugend.

Gemeinsam lernen

Das neue Bildungsprogramm der DGB-Jugend: Im Zeichen aktueller Politik und Zielgruppenarbeit.

Auch für das Jahr 2009 gibt es wieder ein umfangreiches Bildungsprogramm der DGB-Jugend in Zusammenarbeit mit dem Bereich Jugendbildung beim DGB-Bildungswerk. Dabei stand der Planungsprozess ganz im Zeichen einer personellen Veränderung. Susanne Kim, die die Neuausrichtung des Bildungsprogramms ab 2005 intensiv begleitete, hat eine neue Aufgabe bei der IG Metall in Frankfurt gefunden.

Nachfolgerin ist die Kollegin Astrid Henn. Da ihr Arbeitsbeginn jedoch nach der Drucklegung des Programms 2009 lag, fehlt ausnahmsweise der Bereich Internationales und Europa. So wird es in Kürze einen eigenen Flyer zu diesem Bereich geben. Und auch auf der Homepage www.dgb-jugendbildung.de wird zeitnah umfassend über die

entsprechenden Veranstaltungen berichtet werden. Dort kann man auch einen Newsletter abonnieren.

Eine zentrale Säule der bundeszentralen Bildungsarbeit der Gewerkschaftsjugend bleibt nach wie vor die Qualifizierung von ehren- und hauptamtlichen AkteurInnen der gewerkschaftlichen Jugend(bildungs)arbeit. Neben bekannten und erprobten Angeboten wurde zum Beispiel auch die Reihe »Basiskompetenzen (gewerkschaftlicher) Bildungsarbeit« neu aufgenommen.

Der Bereich Politik steht neben dem bewährten Thema Organising verstärkt im Zeichen der Bundestagswahl 2009. Hier werden wir die Programme der politischen Parteien betrachten und die daraus resultierenden Aufgaben für die Gewerkschaften

untersuchen. Auch der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus wird in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen.

Ein neues Angebot ergänzt ab 2009 den Bereich »Projekte der DGB-Jugend«. Eingebettet in das neue Konzept der gewerkschaftlichen Berufsschularbeit »Gemeinsam gewinnen« werden erstmals Schulungen für Hofteams angeboten. Dabei soll es Anregungen für die Ansprache von SchülerInnen bei Berufsschultouren geben. Die Schulungen zu den inhaltlichen Angeboten an Berufsschulen finden sich im Bildungsprogramm 2009 ebenso wieder wie die Seminare zum Projekt »Students at work.« [5]

Dirk Neumann

www.dgb-jugendbildung.de



Durchgefallen! Was jetzt?

Für die einen fängt das Ausbildungsjahr an, für die anderen wird es kritisch. Jetzt bloß nicht verzweifeln!

Die Nachprüfung

»Ich bin in meinem Leben grad an einem richtig üblen Tiefpunkt angelangt... Ich bin bei meiner Abschlussprüfung durchgefallen, und das Schlimme ist, dass ich mir in den letzten drei Jahren immer wieder gesagt habe: Du machst diesen Beruf nicht gerne, aber du hast eine Ausbildungsstelle. Zieh es durch. Du hast es bald geschafft...«

Durchgefallen bei der Abschlussprüfung, das ist nicht nur im Forum von »Dr. Azubi« ein immer wiederkehrendes Thema. Was passiert in einem solchen Fall?

Die Azubis werden von der zuständigen Stelle schriftlich informiert, wenn sie die Prüfung nicht bestanden haben. Das Schreiben enthält allerdings noch weitere wichtige Informationen, die im ersten Schock leicht übersehen werden: Falls eine Nachprüfung laut Prüfungsordnung zulässig ist und infrage kommt, wird der Azubi in dem Schreiben darauf hingewiesen. Dort muss auch stehen, ob und wie er sich für die Nachprüfung anmelden muss.

Nachprüfungen sind in der Regel mündliche Prüfungen. Der Azubi sollte noch einmal alle Ressourcen aktivieren und sich richtig gut vorbereiten: Durch das Bestehen der Nachprüfung erspart er sich eine Verlängerung der Ausbildung um ein halbes Jahr.

Wiederholungsprüfung

Falls keine Nachprüfung möglich ist, steht in dem Schreiben der zuständigen Stelle auch, ob der Azubi bei der Wiederholungsprüfung erneut in allen oder nur in einzelnen Fächern geprüft wird. Bei der gestreckten Abschlussprüfung in zwei Teilen gilt dabei grundsätzlich: Teil 1 kann nicht eigenständig wiederholt werden. Der Azubi muss zunächst Teil 2 der Abschlussprüfung ablegen. In das Gesamtergebnis fließt dann das Ergebnis aus Teil 1 mit bis zu 40 Prozent ein. Erst jetzt kann man sehen, ob der Azubi die Gesamtpfung bestanden hat. Falls nicht, muss der Azubi die gesamte Prüfung wiederholen, wenn er beide Teile nicht bestanden hat, ansonsten nur Teil 2.

Verlängerung der Ausbildung

Falls der Azubi die Abschlussprüfung wiederholen will, kann er seine Ausbildung verlängern. Dazu reicht es, wenn er dem Betrieb seinen Verlängerungswunsch mitteilt. Um Missverständnisse zu vermeiden, sollte der Azubi dem Betrieb seinen Wunsch aber schriftlich mitteilen. Dies sollte er umgehend tun, auf jeden Fall aber vor dem Ende des Ausbildungsvertrages. Die Ausbildung verlängert sich dann zunächst bis zur nächsten Wiederholungsprüfung – in der Regel um ein halbes Jahr.

Besteht der Azubi auch die erste Wiederholungsprüfung nicht, kann er die Ausbildung erneut um ein halbes Jahr verlängern und an der zweiten Wiederholungsprüfung teilnehmen. Insgesamt kann die Ausbildung aber nur um ein Jahr verlängert werden (§ 21 Berufsbildungsgesetz, BBiG).

Externe Prüfung

Der Azubi muss die Ausbildung aber nicht verlängern. Er kann auch einfach so bis zum Ende des Ausbildungsvertrages im Betrieb arbeiten. In diesem Fall endet die Ausbildung mit dem Ende des Vertrages. Der Azubi muss sich dann selbstständig als externer Prüfling bei der zuständigen Stelle zur nächsten Abschlussprüfung anmelden. Und er sollte sich frühzeitig über die Anmeldefristen informieren.

Falls der Azubi nur Teile der Prüfung wiederholen muss, kann er dies innerhalb von zwei Jahren tun. Die gesamte Abschlussprüfung kann er innerhalb von fünf Jahren wiederholen – danach erlischt der Anspruch.

Es hat aber auch eindeutige Nachteile, wenn der Azubi keinen Ausbildungsbetrieb mehr hat. Er hat dann nicht mehr den Status eines Azubis, was unter anderem folgende Konsequenzen hat:

- Der Azubi bekommt keine Berufsausbildungsbeihilfe
- Die Eltern des Azubis erhalten kein Kindergeld mehr
- Der Azubi kann in der Regel nicht mehr die Berufsschule besuchen
- Er kann nicht mehr kostenlos an Nachhilfemaßnahmen der Arbeitsagentur teilnehmen

- Er hat ohne Ausbildungsbetrieb oft kein praktisches Übungsfeld mehr.

All diese Faktoren können dazu führen, dass die Chancen beim zweiten Anlauf nicht unbedingt steigen...



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller

Schadenersatz

In Extremfällen macht eine Verlängerung der Ausbildung kaum Sinn: Dann nämlich, wenn der Azubi im Betrieb so schlecht ausgebildet wurde,

dass er das Ausbildungsziel unmöglich erreichen konnte. Der Ausbilder ist nach § 14 BBiG verpflichtet, alle wichtigen beruflichen Fertigkeiten zu vermitteln. Eine mangelhafte Ausbildung stellt deshalb eine gravierende Pflichtverletzung seitens des Ausbilders dar. Der Azubi sollte in diesem Fall eine Klage auf Schadenersatz prüfen.

Zum dritten Mal durchgefallen?

Wenn Auszubildende zum dritten Mal durchgefallen sind, erhalten sie keine weitere Chance. Das bedeutet aber nicht, dass sie nicht in ihrem Ausbildungsberuf arbeiten können. Sie müssen allerdings damit rechnen, dass sie als Ungelernte gelten und entsprechend weniger verdienen. Deshalb

kann es sinnvoll sein, einen zweiten Anlauf zu machen und erneut eine Berufsausbildung zu beginnen. Wenn der

Azubi einen ähnlichen Beruf lernt, kann er die Ausbildung mit großer Wahrscheinlichkeit verkürzen.

Böse Prüfer

Immer wieder schreiben Auszubildende im Forum von »Dr. Azubi« über gemeine Prüfer und unfaire Bewertungen. Gegen eine unkorrekte Behandlung in der Prüfung können sich Azubis mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht wehren – allerdings in der Regel ohne Erfolg. Die Gerichte gestehen den Prüfern einen großen Spielraum zu, was den Umgang mit den Azubis angeht: auch »kleinere« Beleidigungen wie »Blödmann« befinden sich noch innerhalb des Rahmens. Die Gerichte prüfen vor allem, ob wesentliche Beurteilungskriterien nicht beachtet oder Verfahrensregeln nicht eingehalten wurden.

Literatur: Julia Müller u.a.: **Geschafft! Prüfungsvorbereitung für Azubis**, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2007, 97 S., 9,90 Euro



Lohn mit Verfassungsrang

Bayern hat es gut – seine Einwohner können sich beim Mindestlohn auf die Landesverfassung berufen. Simone Kern sagt, was es damit auf sich hat.

Der DGB Bayern hat den Antrag für ein Volksbegehren zum Mindestlohn in Bayern gestellt. Insgesamt 219.000 Menschen haben sich im Freistaat an der Initiative für das Begehren beteiligt. Davon hat der DGB in diesem Herbst 33.000 beglaubigte Unterschriften beim bayerischen Innenministerium eingereicht.

Der DGB stützt sich dabei auf den Artikel 169 der Bayerischen Verfassung: Danach können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.


Die Bundesregierung ist nicht in der Lage, sich auf einen gesetzlichen Mindestlohn zu einigen – dabei liegt die Gesetzesvorlage seit langem in der Schublade. Es ist nicht zu erwarten, dass sich der gesetzliche Mindestlohn durchsetzen lässt, solange Interessenvertreter von einigen wenigen Wirtschaftsverbänden das Gesetz blockieren. Deshalb müssen die Bundesländer vorangehen.

Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen, etwa mit dem »Mindestlohn-Spiel«, hat die DGB-Jugend gezeigt, dass Mindestlöhne im Alltag von jungen Menschen notwendig für das Überleben sind. Denn für die ist das Begehren besonders wichtig. Warum? Weil es für sie immer weniger Möglichkeiten gibt, nach der Ausbildung eine feste und gutbezahlte Anstellung zu bekommen. Fast die Hälfte der jungen Beschäftigten in Bayern hat Erfahrung mit Befristungen, 15 Prozent waren bereits in Zeitarbeit beschäftigt. Von sicheren Perspektiven und Existenzsicherung kann immer weniger die Rede sein. Der Niedriglohnbereich frisst sich in den Arbeitsmarkt und gerade junge Menschen sind davon besonders betroffen. Denn: 15.000 junge Menschen unter 25 Jahren in Bayern sind Hartz IV-AufstockerInnen.



Erstes Spiel: Mindestlohn-Monopoly der Gewerkschaftsjugend

97.000 junge Menschen unter 30 Jahren müssen zusätzlich zu ihrer regulären Arbeit einen Nebenjob ausüben. Und bereits 47 Prozent aller ArbeitnehmerInnen unter 25 Jahren verdienen in Vollzeit weniger als 1.500 Euro brutto – Auszubildende schon rausgerechnet.

Es wird für junge Leute immer schwieriger, ihr Leben eigenständig zu finanzieren. Sie sind auf Unterstützung von Eltern oder Staat angewiesen. Generationengerechtigkeit heißt aber, dass junge Menschen nicht um ihre Zukunft betteln müssen. Sonst bleiben Perspektive, Motivation und das soziale Umfeld auf der Strecke. Nicht der Mensch soll der Wirtschaft, sondern umgekehrt, die Wirtschaft soll den Menschen dienen. 

Simone Kern ist politische Referentin der DGB-Jugend Bayern.

KURZ UND KLEIN

Aktivposten

Hochbetrieb bei der **DGB-Jugend Nord**, und zwar in Kiel: Am 21. November 2008 startet dort die Azubi-Party. Am 2. und 10. Dezember gibt's den Empfang der neuen JAVis im DGB-Haus. Und am 6. Dezember steigt eine Aktion auf dem Kieler Weihnachtsmarkt: Die Gewerkschaftsjugend wird aus Protest gegen die Ausweitung der prekären Beschäftigung in Osterhasenkostümen antreten! Motto: »Hier läuft was verkehrt«. Wird unbezweifelbar geglaubt.

www.dgb-jugend-nord.de

Am 18. November 2008 veranstalten DGB und **DGB-Jugend Sachsen-Anhalt** die Tagung »Frauen und Frauenbilder in rechtsextremen Organisationen«. Ort: Magdeburg, Hotel Ratswaage, Ratswaageplatz 1-4, 39104 Magdeburg.

www.sachsen-anhalt.dgb.de/jugend/

Eine wichtige Tagung ist auch »Atypische Beschäftigung und prekäre Arbeit von Einwanderern« am 24. November 2008 in der **Friedrich-Ebert-Stiftung** (FES) in Berlin. Auf der Konferenz wollen sich DGB und FES ein Bild über die prekären Beschäftigungsverhältnisse bei MigrantInnen machen. Einzelne Wirtschaftsbereiche werden in konkreten Beispielen erörtert. Schließlich sollen betriebliche und geschäftliche Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden, um prekäre Beschäftigung abzubauen.

www.fes.de

Die **ver.di Jugend** hat ihr Bildungsangebot 2009 veröffentlicht. Außerdem erscheint die vierte Ausgabe ihres Infomagazins »Arena«.

www.verdi-jugend.de


Spitzenergebnis

Transnet-Jugend: Großer Erfolg bei den JAV-Wahlen.

Die Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) bei der Bahn AG vom 7. bis 9. Oktober 2008 sind mit einem großen Erfolg für die Transnet-Jugend zu Ende gegangen. Nach dem vorläufigen Endergebnis sind 87 Prozent der Stimmen für VertreterInnen der Gewerkschaft abgegeben worden.

Damit stimmten rund 3.878 Wahlberechtigte für die Transnet-Leute. Die Wahlbeteiligung lag bei 70 Prozent. Insgesamt wurden 475 JAV-Mandate vergeben. Davon sind 415 Sitze an die Transnet-Jugend gegangen.

»Diese Wahlen sind ein deutlicher Ver-

trauensbeweis für die Durchsetzungskraft und das gemeinsame Engagement der Transnet und ihrer JAVen und somit das Ergebnis einer fortwährenden soliden und konsequenten Umsetzung der politischen Ziele unserer Gewerkschaftsjugend«, so Transnet-Bundesjugendsekretär Carsten Ganser und Bundesjugendleiter Marco Ralfolt in einer gemeinsamen Erklärung. Für den Erfolg seien auch die Forderungen nach einer qualifizierten Berufsausbildung sowie der Kampf für Verbesserungen der Einstellungs- und Übernahmeregulungen im DB-Konzern verantwortlich gewesen. 

www.transnet-jav.de

WEBTIPP DES MONATS

Diesen Herbst startet die »Supermarktmacht-Initiative«: Ziel dieses Bündnisses von Gewerkschaften (ver.di, IG BAU und NGG) und Nicht-regierungsorganisationen wie Misereor und Oxfam ist es, die Macht der Supermarktketten zu beschränken. Wichtigste Forderung: die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards in der gesamten Lieferkette.

Die sechs größten Lebensmitteleinzelhändler sind derzeit Aldi, Edeka, Lidl, Metro, Rewe und Tengelmann. Sie verfügen über einen Anteil von etwa 90 Prozent am deutschen Markt. Je höher der Marktanteil, umso mehr können sie die Lieferanten unter Druck setzen. Qualität der Ware und Rechte der ArbeitnehmerInnen leiden. »Der aggressive Preiskampf wird auf dem Rücken der ArbeiterInnen ausgetragen, die in Entwicklungsländern die Güter produzieren. Bereits jetzt führt der Preisdruck dazu, dass Arbeits- und Menschenrechte verletzt werden«, schreiben die InitiatorInnen.

www.supermarktmacht.de

HATTINGEN – SEMINAR

Students at work: Der Workshop baut auf das Einführungsseminar »Arbeits- und sozialrechtliche Anfangsberatung für Studierende« auf. Es werden aktuelle Entwicklungen im Arbeits- und Sozialrecht vermittelt und die bestehenden Kenntnisse an konkreten Übungsfällen vertieft.

12. bis 14. Dezember 2008, DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscod ABA 608278755

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

+ DGB-Jugend-Geschichte: 1952 entschieden sich die bayerischen Jugendorganisationen, unter ihnen der Jugendverband des DGB, eine Gedenkveranstaltung zu initiieren und damit öffentlich an die gewaltsamen Übergriffe auf die jüdische Bevölkerung am 9. November 1938, die so genannte Reichskristallnacht, zu erinnern.



Seither findet alljährlich vor dem Krematorium des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau eine Gedenkfeier statt. Die Autorin Petra Schreiner beschreibt, wie sich das Verhalten gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus im Laufe der Jahre veränderte und welchen Einfluss dies auf die Inhalte der Gedenkfeiern hatte.

Petra Schreiner: Veränderungen des Gedenkens: Die Gedenkfeiern der bayerischen Gewerkschaftsjugend im ehemaligen Konzentrationslager Dachau 1952-2006, Utz-Verlag, München 2008, 152 S., 24 Euro

+ Arbeit im Kino: Das neueste Werk des englischen Sozialfilmers Ken Loach, »It's a Free World«, erzählt von der Personalvermittlerin Angie. Als sie ihren Job verliert, stellt sie schnurstracks ihre eigene Agentur auf die Beine. Ihr Kerngeschäft: Vermittlung illegaler Arbeitskräfte aus Osteuropa. Bald gerät sie zwischen die Fronten aus Wirtschaftsbossen, Menschenhändlern und aufbegehrenden Arbeitern – ein Wirtschaftskrimi.



»It's a Free World«. GB 2007. R: Ken Loach. Start: 27. November 2008

+ Lesetipp: Der Kapitalismus ist nicht zum Untergang verurteilt – aber es wird dringend Zeit, dass er an die Bedürfnisse und Risiken des 21. Jahrhunderts angepasst wird, meint der US-amerikanische Publizist Peter Barnes. Wie das gehen soll, ist in seinem Buch »Kapitalismus 3.0.« nachzulesen.

Peter Barnes: Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 208 S., 18,80 Euro

+ Angeklickt: Für die schätzungsweise mehr als 300.000 PrüferInnen in der beruflichen Aus- und Fortbildung gibt es ab sofort ein neues Informations- und Kommunikationsangebot im Internet.

www.prueferportal.org

+ Das Standardwerk: Der »Leitfaden zum Arbeitslosengeld II« ist völlig neu bearbeitet und erweitert worden.

Ulrich Stascheit: Leitfaden zum Arbeitslosengeld II: Der Rechtsratgeber zum SGB II, Fachhochschulverlag, Frankfurt/M. 2008, 688 S., 14 Euro



IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	